IMT Nuremberg Archives

H – 5134

International Court of Justice

H5134 – 0002

TRIBUNAL MILITAIRE INTERNATIONAL des GRANDS CRIMINELS de GUERRE – TRIBUNAL
MINISTÈRE PUBLIC
DÉLÉGATION FRANÇAISE

N-5134

Filed Jan. 18, 1946
[illegible]

Exhibit U.S. 10

1739 PS

Document RFA 10

B 43999

43

TRIBUNAL MILITAIRE INTERNATIONAL des GRANDS CRIMINELS – ALLEMAGNE

H5134-0003

8 pages
1 pamphlet

H5134-0004

804

Exhibit A.F. 10

H5134-0004A

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 20/8/45

I certify that Document Number ——— was introduced into evidence as Exhibit Number RF 10 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

DCB-36 (102447)

H5134-0005

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document No. RF-10 is a photostat of an original document submitted in evidence by the ~~United States~~ French Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Paul Joosten

Wly. 20/8/48

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H5134 – 0006

Geheim!

Ausführungen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz auf der Reichs- und Gauleiter-Tagung am 5./6. Febr. 1943 in Posen

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NUREMBERG, GERMANY
RF Exhibit 10
Filed 1/18/46
1731 PS

Nr. 484

B 44000

H5134 – 0007

Geheim!

Ausführungen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz auf der Reichs- und Gauleiter-Tagung am 5./6. Febr. 1943 in Posen

Nr. 484

B44001

H5134 – 0008

484

Ausführungen des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz auf der Reichs- und Gauleiter-Tagung am 5./6. Febr. 1943 in Posen. *)

Nach dem Erlaß des Führers vom 21. März 1942 hat der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz im Rahmen der Aufgaben des Beauftragten für den Vierjahresplan, des Reichsmarschalls des Großdeutschen Reiches, Pg. Hermann Göring, die Pflicht, für die gesamte Kriegswirtschaft und insbesondere für die Rüstung die erforderlichen Arbeitskräfte sicherzustellen. Er muß eine einheitlich ausgerichtete, den Erfordernissen der Kriegswirtschaft entsprechende Steuerung des Einsatzes sämtlicher verfügbaren Arbeitskräfte einschließlich der angeworbenen Ausländer und der Kriegsgefangenen sowie die Mobilisierung aller noch unausgenutzten Arbeitskräfte im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorats sowie im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten gewährleisten. Ihm stehen zur Durchführung seiner Aufgabe die zuständigen Abteilungen III (Lohn) sowie V und VI (Arbeitseinsatz) des Reichsarbeitsministeriums und dessen nachgeordnete Dienststellen zur Verfügung.

Laut Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan zur Durchführung des Erlasses des Führers über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 27. März 1942 wurden die Geschäftsgruppen »Arbeitseinsatz« beim Beauftragten für den Vierjahresplan aufgelöst. Deren Aufgaben (Beschaffung und Verteilung der Arbeitskräfte, Regelung der Arbeitsbedingungen) wurden dem GBA. übertragen. Dieser untersteht unmittelbar dem Beauftragten für den Vierjahresplan.

Nach dem Erlaß des Reichsmarschalls obliegt dem GBA. besonders, die Lohnpolitik und die Arbeitsbedingungen der im Reich eingesetzten Arbeitskräfte nach den Erfordernissen des Arbeitseinsatzes zu regeln. Die Setzung neuen Rechts auf diesem Gebiet ist abhängig von der Zustimmung des Reichsmarschalls. Ihm sind entsprechende Vorschläge vom GBA. zu unterbreiten.

Zur Durchführung seiner Aufgaben sind dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz Weisungsrechte an die Obersten Reichsbehörden und an ihre nachgeordneten Dienststellen sowie an Dienststellen der Partei und ihrer Gliederungen und der angeschlossenen Verbände, an den Reichsprotektor, den Generalgouverneur, die Militärbefehlshaber und Chefs der Zivilverwaltungen zur Verfügung gestellt.

*) Die nachstehend aufgeführten Zahlen sind sorgfältig ermittelt und als Mindestzahlen an zusehen.

B44002

In einem weiteren Erlaß des Führers zur Durchführung des Erlasses über einen Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz vom 30. September 1942 erfolgt die Ermächtigung, nach eigenem Ermessen im Großdeutschen Reich einschließlich des Protektorats sowie im Generalgouvernement und in den besetzten Gebieten alle Maßnahmen zu treffen, die den geordneten Arbeitseinsatz für die deutsche Kriegswirtschaft unter allen Umständen gewährleisten. Zu diesem Zweck können bei den Dienststellen der Militär- und Zivilverwaltungen, die dem GBA. unmittelbar unterstellt sind, Beauftragte ernannt werden. Durch sie können für den Arbeitseinsatz und die Lohnpolitik an die zuständigen militärischen und zivilen Dienststellen Weisungen erteilt werden.

Hiermit sind die gesetz- und ordnungsmäßigen Grundlagen meiner Aufgaben und Zuständigkeiten umrissen. Ich selbst, Reichleiter Pg. Bormann, möchte Ihnen hiermit meinen herzlichen Dank zum Ausdruck bringen, daß ich hier vor den Reichs- und Gauleitern der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei über meinen Auftrag sprechen und vor allem immer wieder um die Unterstützung und das Verständnis der Partei, insbesondere für die schweren Aufgaben, die vor uns liegen, hiermit bitten darf.

Ich möchte, verehrte Parteigenossen, Ihnen zunächst die Grundsätze vortragen, nach denen ich meine Aufgabe begonnen habe und an denen ich unter allen Umständen festhalten werde, solange das Vertrauen des Führers und des Reichsmarschalls mich mit der Durchführung des Arbeitseinsatzes beauftragt.

1. Die mir überantwortete Aufgabe betrachte ich auch zeitmäßig als einen reinen Kriegsauftrag.

2. Arbeit und Leistung als erste Voraussetzungen für die Erhaltung und Höherentwicklung unseres Daseins auf dieser Erde sind geradezu heilige Grundelemente unserer nationalsozialistischen Weltanschauung. Als Nationalsozialist und Gefolgsmann Adolf Hitlers vermag ich daher die mir übertragene Aufgabe nur aus der Idee und Schau des Nationalsozialismus' heraus zu lösen. Wenn seinerzeit in zynischer Offenheit in der Zeit Deutschlands tiefster Erniedrigung die sogenannten »Sachverständigen« des Dawesplans an die Lösung ihrer Aufgabe, die der Versklavung und hemmungslosen, totalen Ausbeutung unseres deutschen Volkes und Reiches diente, als — wie sie erklärt haben — »Geschäftsleute« herangegangen sind, so haben sie damals bei der Durchführung ihres satanischen und furchtbaren Werkes nicht nur die deutsche Wirtschaft, den Wohlstand und das Glück unseres Volkes zerstört, sondern ihrem jüdisch-plutokratischen Wahnwitz war schließlich die ganze sogenannte »Weltwirtschaftskrise« zu verdanken, durch deren Folgen schließlich auch die Bevölkerungen der sogenannten »Siegerstaaten« zu ungezählten Millionen zur Arbeitslosigkeit und Massenelend verdammt waren.

B 440 03
H5134 – 0009

Diese Feststellung ist für uns Nationalsozialisten deshalb wichtig, weil die unerhörte Härte des Krieges mich dazu zwingt, im Namen des Führers viele Millionen fremder Menschen für den Arbeitseinsatz in der gesamten deutschen Kriegswirtschaft zu mobilisieren und sie zur höchsten Leistung anzuhalten.

Das Ziel dieses Einsatzes ist die arbeitsmäßige Sicherstellung der Kriegsmittel für den Kampf zur Erhaltung des Lebens, der Freiheit — zwar in erster Linie unseres eigenen Volkes —, aber auch ebenso für die Erhaltung unserer gesamten abendländischen Kultur, ja, wenn wir an den Dreierpakt denken — aller jener Völker, die im Gegensatz zu den parasitären, jüdisch-plutokratischen Ausbeutern ihr Leben durch eigene Arbeit und Leistung zu gestalten und fortzuentwickeln den ehrlichen Willen und die Kraft besitzen.

Dies ist der weltweite Unterschied zwischen jener Arbeitsleistung, die seinerzeit durch den Versailler Vertrag, durch den Dawes- und Youngplan in Form der Versklavung und Tributleistung für die Weltmacht und die Herrschaft des Judentums gefordert wurde, und dem Arbeitseinsatz, den ich als Nationalsozialist zum Zwecke eines Beitrags zum Freiheitskampf der deutschen und verbündeten Nationen vorzubereiten und durchzuführen die Ehre habe.

Darin liegt für mich als Nationalsozialist die Aktivlegitimation, im Sinne der Führererlasse Angehörigen fremder Völker die Arbeitspflicht aufzuerlegen.

3. Als Nationalsozialist habe ich mir und meinen Mitarbeitern die bestmögliche und vollkommenste Zusammenarbeit mit allen Dienststellen der Partei, des Staates und der Wehrmacht zur vornehmsten Pflicht gemacht. Jedoch, ich bitte zu bedenken, daß der Wettlauf mit unserem Gegner auch auf dem Kampffeld der Arbeit schnellstes Handeln und rasche Entschlüsse erfordert.

4. Weil ich als Nationalsozialist durch den Führer gelernt habe, daß neben dem heroischen Soldatentum unserers Volkes Arbeit und Leistung geheiligte Grundbegriffe unserer Weltanschauung sind, bin ich auf das heißeste bemüht, in den mir zur Verfügung gestellten Behörden Weltanschauung und Idee des Nationalsozialismus', seine Lebensgesetze und Erkenntnisse zur alleinigen Grundlage allen Handelns und des täglichen Dienstes zu machen. Ich hoffe hier, einen Beitrag zur Vermählung deutscher Beamtentugenden, der Sauberkeit, Unbestechlichkeit, Korrektheit, des Fleißes und des Könnens mit unserer nationalsozialistischen Leidenschaft und Fanatismus, der Initiative, dem Glauben und dem Vertrauen leisten zu können, starr gewordene, sture Formen einer überlebten Bürokratie zu zersprengen und einen nationalsozialistisch modernen Behördenapparat auf dem Gebiet der Regelung der Arbeitsverhältnisse und des Arbeitseinsatzes mit aufbauen helfen zu können.

B 44 (04)

H5134 – 0010

5. Ich bitte aber, Reichsleiter und Gauleiter, ganz besonders um Ihr Verständnis dafür, daß ich als der Beauftragte zweier Männer, wie Adolf Hitler und Hermann Göring, mich nun mit meiner ganzen Persönlichkeit dafür einsetze, daß gerade, weil wir im härtesten und erbarmungslosen Entscheidungskampf der Weltgeschichte stehen und unsere Soldaten unter der Führung Adolf Hitlers unsterblichen Ruhm und Ehre an ihre Fahnen heften, der deutsche Arbeitseinsatz bei aller Härte der Zeit und trotz der unerhörten Einschränkungen, die sich unser eigenes geliebtes Volk auferlegen muß, sich grundsätzlich von all den schamlosen und unsagbar brutalen und nichtswürdigen Methoden jener plutokratisch-jüdischen, kapitalistischen Weltbestie unterscheidet, mit denen gerade unsere Gegner sich ihren verfluchten Reichtum, den sie heute zu unserer Vernichtung anwenden, erpreßt haben. Der deutsche Arbeitseinsatz soll und muß der Ehre unserer Nation, den Grundsätzen unserer Weltanschauung und vor allem unseres Führers durch seine Sauberkeit, Korrektheit und Unbestechlichkeit würdig sein und bleiben.

6. Sie dürfen überzeugt sein, daß weder Sentimentalität noch Romantik mich bei meinen Maßnahmen und Anordnungen leiten, sondern allein die nüchterne Überlegung und die klare Vernunft. Erstes und ausschließliches Ziel meiner Tätigkeit muß der höchstmögliche Erfolg des Arbeitseinsatzes sein.

7. Die erste Voraussetzung hierfür aber ist, dafür zu sorgen, daß unser deutscher Volksgenosse und unsere deutsche Volksgenossin selbst von der Notwendigkeit des höchsten persönlichen Einsatzes für die Kriegsaufgaben durchdrungen sind, und daß sie fest und unerschütterlich daran glauben, daß der Nationalsozialismus die einzig mögliche Garantie dafür bietet, daß dem schaffenden deutschen Menschen der Stirn und der Faust die soziale Gerechtigkeit als alleiniger Maßstab aller Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes verbürgt bleibt. Der schaffende deutsche Mensch muß der unerschütterliche Garant der Leistung und der Sicherheit, Vorbild und Ansporn in allen deutschen Betrieben gegenüber den fremdvölkischen Arbeitskräften sein. Dazu, Reichsleiter und Gauleiter, ist mir Ihre Hilfe und Unterstützung in den Organisationen und Gauen der Partei unerläßlich. Ohne sie müßte ich scheitern.

8. Nicht nur die Ehre und das Ansehen und noch viel mehr unsere nationalsozialistische Weltanschauung verlangen im Gegensatz zu den Methoden der Plutokraten und Bolschewisten eine pflegliche Behandlung der fremden, also auch selbst der sowjetrussischen Arbeitskräfte, sondern vor allem auch die kalte Vernunft. Unterernährte, dahinsiechende, unwillige, verzweifelte und haßerfüllte Sklaven ermöglichen niemals eine höchste Ausnutzung ihrer unter normalen Bedingungen erzielbaren Leistungen.

Mein Bestreben besteht daher darin, bei den fremdvölkischen Arbeitern alle leistungshemmenden Momente dadurch zu beseitigen, daß ich ihnen

H5134 – 0011

H5134 – 0012

solche Arbeitsbedingungen gewährleiste, daß sie bei einem Vergleich mit den Bedingungen, die sie bei sich zu Hause hatten, sich mit ihrem Einsatz bei uns einigermaßen innerlich auszusöhnen in der Lage sind.

Menschen sind nun einmal nicht selbst der kompliziertesten Maschine vergleichbar, die ja neben der Energiequelle oder dem Betriebsstoff auch Schmieröl braucht, und der ich eine sorgfältige Pflege angedeihen lassen muß. Auch der primitivste Mensch besitzt ein Gemütsleben, einen Eigenwillen, ohne dessen Berücksichtigung eben eine zufriedenstellende, ja beste Dauerleistung undenkbar ist. Da wir aber die fremden Arbeitskräfte jahrelang brauchen und auch deren Ersatz sogar sehr begrenzt ist, kann ich sie nicht kurzfristig ausbeuten und ihr Arbeitsvermögen nicht verwirtschaften lassen. Ich muß sie vielmehr zu erhalten und ihre Leistung dauernd zu verbessern trachten.

9. Ich bitte, Sie alle auch dessen versichern zu dürfen, daß ich keineswegs den Ehrgeiz besitze, soviel Ausländer als möglich nach Deutschland zu bringen, sondern ich habe bei dem Ausländereinsatz soviel Angst und Sorge, z. B. wegen der Sabotagegefahren, der Bedrohung unseres Volkes mit Seuchen, Landstreichertum und vor allem in bezug auf die Reinhaltung unseres Blutes ausgestanden und stehe sie noch aus, daß ich den dringenden Wunsch hege, für so wenig wie möglich Ausländer die Verantwortung tragen zu müssen.

Diesem unser aller Wunsch sind nicht zuletzt die Geburtenarmut unseres Volkes in den vergangenen vierzig Jahren und vor allen Dingen die ehernen Notwendigkeiten, den Rüstungswettlauf mit unseren Feinden zu bestehen, diametral entgegengesetzt. Der nunmehr vom Führer genehmigte Masseneinsatz deutscher Frauen und Männer aller Berufe und Stände, der auch von mir seit der Übernahme meines Auftrags vorgesehen und vorbereitet war, hätte unter keinen Umständen einen Verzicht auf den Ausländereinsatz ermöglicht. Es entspricht auch auf diesem Gebiet der überlegenen Schau des Führers über alle Notwendigkeiten, für bestimmte Maßnahmen den richtigen und erfolgversprechenden Augenblick zu bestimmen.

10. Reichs- und Gauleiter, Parteigenossen! Ich bin mir vollkommen darüber im klaren, daß auch meinem Aufgabengebiet noch beträchtliche Mängel anhaften und daß ich mit nicht zu unterschätzenden Fehlerquellen zu rechnen habe. Allein, ich bin mit meinen Mitarbeitern unablässig und eifrig bemüht, sie zu beseitigen. Ich muß hier vor allem bekennen und unterstreichen: Sehr viel Kraft und Unterstützung habe ich durch unsere nationalsozialistische Partei und deren Organisationen empfangen. Dies geschah insbesondere durch die ständige und vorbehaltlose Mitarbeit der Partei-Kanzlei unter Reichsleiter Pg. Bormann und die gigantische Betreuungsarbeit, die die DAF. in Betrieben und Arbeitslagern unter Reichsleiter Pg. Dr. Ley leistet, sowie die Hilfe, die ich durch Reichsleiter Pg. Rosenberg, Staatssekretär Pg. Meyer, vor

B 4400

H5134 – 0013

allem aber auch durch die Reichskommissare, wie z. B. den Pg. Koch in der Ukraine und den Pg. Dr. Seyß-Inquart in Holland und viele andere erfahren habe. Es war aber auch vor allem das meisterliche Können einer Anzahl von Männern und Beamten der höheren, mittleren und unteren Instanzen der Reichsarbeitsverwaltung und deren guter Wille, die es mir möglich gemacht haben, der deutschen Kriegs- d. h. unserer Ernährungs- und Rüstungswirtschaft Millionen zusätzlicher geeigneter Arbeitskräfte zuzuführen und sie zu nutzbringender Arbeit anzusetzen. Ich möchte auch an dieser Stelle allen meinen tiefsten und aufrichtigsten Dank zum Ausdruck bringen.

11. Ich habe versucht, Ihnen, Parteigenossen, rückhaltlos meine Grundsätze, die ich als Nationalsozialist für den Arbeitseinsatz aufgestellt habe und zu verwirklichen bemüht bin, darzulegen. Diese Grundsätze wurden in einer Anzahl von Anordnungen für die Praxis festgelegt und bilden die Grundlage für die Arbeit der Arbeitseinsatzbehörden im Großdeutschen Reich sowie in den angegliederten und besetzten Gebieten. Ich habe mir erlaubt, sie Ihnen in einer Mappe zusammengefaßt auf die Plätze zu legen. Sie finden darin auch mehrere Blätter mit vergleichenden Darstellungen über den Arbeitseinsatz und über die Entwicklung der Löhne im Weltkrieg 1914/18 und im jetzigen. Ebenso finden Sie die Grundsätze und Richtlinien für den Einsatz von Männern und Frauen nach dem Erlaß des Führers vom 13. Januar 1943.

Ich muß hier auf das entschiedenste betonen, daß es notwendig ist, daß im nationalsozialistischen Großdeutschen Reich eine einheitliche Auffassung sowohl über die Arbeitseinsatz- als auch über die Lohnpolitik vorherrscht, und daß alle Maßnahmen in der Praxis nach den Prinzipien unserer nationalsozialistischen Parteidisziplin durchgeführt werden müssen. Ich bin sogar bemüht, auf diesen Gebieten eine noch straffere, einheitlichere Lenkung durchzusetzen. Denn nichts wäre schlimmer, als die Verzettelung und Unklarheiten über jene nationalsozialistischen Prinzipien, die Arbeitseinsatz und Lohnpolitik zur Voraussetzung haben. Sie dürfen versichert sein, daß ich nichts anderes sein will, als der gehorsame Vollstrecker des Willens und der Grundsätze Adolf Hitlers und der Partei. Ich werde nichts unternehmen, wozu ich bei grundsätzlichen Fragen und Entscheidungen nicht den Auftrag, die Zustimmung oder Billigung des Führers gefunden habe.

12. Das Entscheidende und Wichtigste aber ist die Durchführung des mir anvertrauten Auftrags überhaupt: der deutschen Kriegsführung im größten Ausmaß und so weit als irgend möglich, die notwendigen Kräfte bereitzustellen und diese selbst zur Hergabe ihres höchsten Leistungsvermögens zu bringen.

Nach dem Versuch, das Grundsätzliche meines Auftrags und meiner Auffassung zu unterbreiten, darf ich Ihnen nunmehr über das bisher Geleistete und das noch zu tun Notwendige berichten.

B 44007

H5134 – 0014

Der Auftrag des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz gliedert sich in drei Hauptaufgaben:

1. Der vollkommenste und zweckmäßigste Einsatz der deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen in allen kriegswichtigen Betrieben unserer Kriegs- und Ernährungswirtschaft.
2. Die Mobilisierung und Heranführung von Arbeitskräften von verbündeten und befreundeten Staaten, soweit diese in der Lage und willens sind, dem Reich Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen, und die Heranführung aller jener Arbeitskräfte der unter deutschem Schutz stehenden bzw. von deutschen Truppen besetzten europäischen Gebiete, sei es durch freiwillige Werbung oder, wenn diese nicht genügt, durch die Dienstverpflichtung.
3. Die Regelung der Arbeitsbedingungen sowohl für unsere deutschen Arbeiter der Stirn und der Faust, als auch der eingesetzten ausländischen und fremdvölkischen Arbeitskräfte im Reich und in den besetzten Gebieten.

Zu Punkt 1 darf ich die geschichtliche Tatsache vermerken, daß nunmehr durch Entschluß des Führers der totale Kriegseinsatz unseres Volkes verwirklicht wird. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sind von den zuständigen Obersten Reichsbehörden im Zusammenwirken mit der Partei-Kanzlei und dem Oberkommando der Wehrmacht vereinbart und festgelegt und vom Führer gebilligt worden. Die Aufgaben, die in mein Auftragsgebiet hineinfallen, sind ebenfalls sorgfältig vorbereitet und werden auf das gewissenhafteste und schnellste durchgeführt werden.

Als oberstes Gesetz für den Einsatz deutscher Männer und Frauen gilt für mich die Erhaltung der Gesundheit und der Schutz der schaffenden deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen. Die unvermeidlichen Härten und Schwierigkeiten der Kriegszeit müssen selbstverständlich in Kauf genommen und ihre Überwindung gefordert werden.

Der Ehrgeiz meiner Dienststellen besteht darin, alle deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen möglichst auf den Arbeitsplatz zu bringen, für den sie am besten geeignet sind.

Es ist sehr zu bedauern, daß ein so hervorragender Organisator und, glaube ich, in der ganzen Welt unerreichter Könner auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes, wie Staatssekretär Syrup, durch seinen Gesundheitszustand nicht in der Lage ist, sein reiches Können hundertprozentig zur Verfügung zu stellen. Ich muß es aber hier erwähnen, daß seine Leistungen auch für mich die Grundlage dafür bilden, den Arbeitseinsatz Deutschlands nunmehr in der Arbeitsgeschichte der Welt in einem solchen einmaligen Ausmaß für die deutsche Kriegsführung bereitzustellen und ausbauen zu können.

B 44008

Eine wesentliche Aufgabe der Arbeitseinsatzdienststellen besteht darin, ununterbrochen in engster Zusammenarbeit mit den Rüstungsdienststellen des Reichsministers Speer die deutschen Fach- und Hilfsarbeiter durch innerbetrieblichen, überbezirklichen Ausgleich und durch den Reichsausgleich an den Brennpunkten der Rüstungsindustrie anzusetzen, aus unwichtigen Betrieben in die kriegswichtigen umzusetzen, die Betriebe — wie der Fachausdruck heißt — auszukämmen, um nicht sinnvoll und zweckmäßig eingesetzte Arbeitskräfte dort einzusetzen, wo sie wirklich unentbehrlich und notwendig sind, sowie für die Front selbst so viel Soldaten wie möglich frei zu machen und durch geeignete Kräfte zu ersetzen. Hierzu gehören hervorragende Sach- und Fachkenntnis und ein Übermaß von Fleiß.

Zu Punkt 2. Ein gewaltiges Reservoir an Arbeitskraft, das unseren Feinden versagt ist, besitzt die deutsche Kriegswirtschaft durch die Bevölkerungen insbesondere der besetzten Gebiete. Es wäre unserem eigenen Volke gegenüber geradezu ein Verbrechen, wenn diese Kräfte zur Erringung unseres deutschen Sieges nicht voll eingesetzt würden. Da diese Völkerschaften keine blutigen Verluste mehr erleiden, ist es vollkommen gerechtfertigt, ja selbst im Interesse dieser Menschen liegend, daß sie durch ihre Arbeitsleistung mithelfen müssen, dem deutschen Soldaten, der sich nicht nur für die Rettung Deutschlands, sondern auch für die Errettung Europas mit seinem Leben einsetzt, die Waffen zu schmieden.

Hier ist vom Arbeitseinsatz wirklich Gigantisches geleistet worden. Allein seit der Übernahme meines Auftrags sind in den letzten neun Monaten des vergangenen Jahres über 3 Millionen Ausländer nach Deutschland befördert und zur Arbeit eingesetzt worden.

Das bedeutet, daß durch die Arbeitseinsatzbehörden in den besetzten Gebieten, natürlich durch die Mithilfe aller deutschen, in diesen Gebieten zuständigen Behörden der zivilen und militärischen Verwaltung im Monat durchschnittlich 350 000 Menschen angeworben, dienstverpflichtet, zweimal ärztlich untersucht, entlaust, entwest, transportiert, vor dem Einsatz in Deutschland selbst noch einmal — also zum drittenmal — untersucht, in Arbeit gebracht, angelernt oder umgeschult wurden, und daß für sie gleichzeitig für Unterkünfte, Nahrung und zum großen Teil auch für Kleidung gesorgt werden mußte. So wurden im vergangenen Jahr Landwirtschaft und Rüstungswirtschaft mit Arbeitskräften versehen und zum großen Teil der Abgang unserer eigenen deutschen Arbeiter, weil sie in gewaltiger Zahl zur Fahne mußten, ausgeglichen, die natürliche und unvermeidliche Fluktuation und der Abgang durch Krankheit und Tod immer wieder ersetzt. Auch eine bedeutsame Erhöhung der Arbeitskräfte überhaupt ist hierdurch möglich gewesen. Es war dies die Voraussetzung für die Durchführung der erweiterten Führer-Programme.

B44009

H5134 – 0015

Ich darf Ihnen nun in konkreten Zahlen einen Rechenschaftsbericht und einen Überblick über die Leistungen des Arbeitseinsatzes, in der Hauptsache seit Übernahme meines Auftrags, geben und den Arbeitseinsatz des Weltkrieges 1914/18, soweit es überhaupt möglich ist, in Vergleich setzen. Es ist selbstverständlich, daß die von mir gegebenen Zahlen auf das sorgfältigste von meinen Mitarbeitern ermittelt und aufgestellt sind. Ich habe es zum unbedingten Grundsatz gemacht, daß für uns nur die absolute Wahrheit einen Zweck haben und allein verantwortet werden kann. Wenn es nach dem nun vorliegenden Material zweifelsohne gelungen ist, den Arbeitseinsatz gegenüber dem Weltkrieg zu steigern, dann bedeutet es tatsächlich die Mobilisierung einer gewaltigen zusätzlichen, neuen Reserve, die durch die Verfügungen des Führers nun der deutschen Kriegswirtschaft erneut zuströmen wird und deren Möglichkeit im vorigen Weltkrieg nicht mehr gegeben war.

Die ausländischen Arbeiter aber haben sich nun eingewöhnt, sie sind angelernt, arbeiten ununterbrochen bis zu über 10 Stunden. Ihre Leistung schwankt zwischen 65 und 100 % der Leistungen der unseren.

Ein Vergleich der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im jetzigen Krieg mit der Entwicklung im Weltkrieg 1914/18 wird dadurch erschwert, daß 1914 bis 1918 keine vollständige Erfassung der beschäftigten Arbeiter und Angestellten im Deutschen Reich erfolgte. Es liegt als exakte Grundlage nur Material von 5 500 Krankenkassen vor, die rund zwei Drittel der beschäftigten Arbeiter und Angestellten erfaßten. Aus diesem Material läßt sich immerhin ablesen, daß die **Steigerung der Arbeitskapazität** im Weltkrieg 1914/18 hinter der Steigerung in diesem Kriege zurückbleibt, wenn man den Gebietszuwachs bis 1942 einbezieht.

Im einzelnen kann man folgende Zahlen einander gegenüberstellen:

a) **Im Weltkrieg:**

Beschäftigte Arbeiter und Angestellte.

im Juni 1914		im Dezember 1914		im September 1918	
Männer	7 075 000	Männer	4 695 000	Männer	4 339 000
Frauen	3 704 000	Frauen	2 717 000	Frauen	4 551 000
zus.:	10 779 000	zus.:	7 412 000	zus.:	8 890 000

In dem Abfall der beschäftigten Frauen von Juni 1914 bis Dezember 1914 um rd. 1 Million kommt die starke Arbeitslosigkeit bei Beginn des Weltkrieges zum Ausdruck. Wenn man die Steigerung der Frauenbeschäftigung untersucht, so muß man selbstverständlich von der Juni-Zahl ausgehen und sie mit der September-Zahl 1918 vergleichen, da nur dann der **zusätzliche** Fraueneinsatz erkennbar wird. Er beträgt rd. 850 000. Unterstellt man, daß die gleiche Steigerung bei den nicht durch Krankenkassen erfaßten Frauen eingetreten ist, so kommt man auf eine Gesamtsteigerung von rd. 1,25 Millionen.

B 44010

H5134-0015A

Die Zahl der beschäftigten Männer zeigt von Dezember 1914 bis 1918 einen Abfall um rd. 350 000. Berücksichtigt man die Einziehungen zu Beginn des Weltkrieges, so hat die Beschäftigtenzahl von Juni 1914 bis 1918 um 2 750 000 abgenommen.

b) **Im jetzigen Krieg:**

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten betrug:

im Juni 1939		**im November 1942**	
Männer	17 006 000	Männer	17 331 000
Frauen	8 270 000	Frauen	11 253 000
zus.:	25 276 000	zus.:	28 584 000

Es ergibt sich somit einschließlich des Gebietszuwachses eine **Gesamtsteigerung von über 3,3 Millionen,** entgegen der Entwicklung von 1914 bis 1918 (einschl. Ausländer, Ostarbeiter, Kriegsgefangene).

Auf Gebietszuwachs entfallen von dieser Steigerung rd. 2,4 Millionen, so daß eine Gesamtsteigerung ohne Gebietszuwachs von 900 000 vorhanden ist, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese **trotz Einziehungen** und der inzwischen eingetretenen Verluste erfolgte. Die Ausländer sind, da bei Kriegsbeginn rd. 500 000 und jetzt 5 700 000 Ausländer nach der Ausländererhebung beschäftigt werden, an der Steigerung mit rd. 5,2 Millionen beteiligt, so daß innere Arbeitsreserven in einem Ausmaß von weit über 3 Millionen mobilisiert worden sind.

Bei den Frauen ergibt sich eine Steigerung der Beschäftigten von rd. 3 000 000, wovon 1 050 000 Ausländerinnen sind, so daß die Steigerung in der Beschäftigung der deutschen Frauen um annähernd 2 000 000 eingetreten ist, von der wiederum auf Gebietszuwachs rd. 850 000 entfallen, so daß eine echte Steigerung mit **rd. 1 150 000** übrigbleibt. Die Mobilisierung der inneren Arbeitsreserven erfolgte also überwiegend bei den Männern. Ein weit verbreiteter Irrtum besteht nun darin: In diesem Krieg seien bis jetzt weniger deutsche Frauen zur Arbeit eingesetzt, als es im Weltkrieg der Fall gewesen ist. Demgegenüber muß ich heute hier ausdrücklich feststellen, daß schon im Jahre 1939 die Frauen zu einem höheren Prozentsatz zur Arbeit eingesetzt waren, als es im Jahre 1914 der Fall gewesen ist.

Hier muß ich auf die Vorbereitungen des deutschen Rüstungsaufbaues im Jahre 1937 durch den Vierjahresplan hinweisen. Auch auf dem Gebiet des Fraueneinsatzes wurde von 1937 bis 1939 schon Erhebliches geleistet und alsdann durch die Dienstverpflichtung, durch die Verordnung z. B. des Reichsmarschalls für die Verpflichtung von Frauen in der Landwirtschaft, dieser Einsatz stark vermehrt. Überhaupt wirkt sich, wie auch auf allen anderen Gebieten, die großartige Vorbereitung auf den unvermeidlichen Krieg durch unseren Führer und durch den Reichsmarschall mit Hilfe des Vierjahresplans ganz entscheidend aus. Vor dem

B 440 11 004
H5134 – 0016

H5134 – 0017

Weltkrieg und im Weltkrieg hat es überhaupt keine zielbewußte Vorplanung und erfolgreiche Arbeitseinsatzpolitik oder Lohn- und Preisverordnungen, so wie sie im nationalsozialistischen Staat selbstverständlich geworden sind, gegeben.

Nimmt man die zum Wehrdienst Eingezogenen in die Beschäftigtensteigerung mit hinein und ermittelt die »Gesamtwehrkapazität«, so ergibt sich von 1939 bis 1942 eine

innerdeutsche Steigerung von 26 700 000 auf 37 000 000
ohne Nutzbarmachung der besetzten Gebiete.

Ein Vergleich der Verhältnisse in der besonders kriegswichtigen Eisen- und Metallwirtschaft und in der Landwirtschaft ergibt folgendes:

In den Jahren 1914 bis 1918 stieg die Zahl der Beschäftigten in der **Eisen- und Metallwirtschaft**

von rd. **2 300 000** auf rd. **2 600 000** (13 %),

von 1939 bis 1942 ist ein Anstieg von

4 632 000 auf **5 822 000** (25,7 %)

zu verzeichnen.

Besonders bemerkenswert ist die Verstärkung des Einsatzes der

Frauen von 716 700 im Jahre 1939
auf 1 411 687 Ende 1942 (97 % Anstieg).

Für die **Land- und Forstwirtschaft** liegen für die Jahre 1914 bis 1918 keine ausreichenden Grundlagen vor.

Die Zahl der Beschäftigten betrug im Mai 1939 2 625 000, davon 1 627 000 Männer und 998 000 Frauen.

Die entsprechenden Zahlen für 1942 lauten:

Gesamt beschäftigte Arbeiter und Angestellte 4 343 000,
davon 2 613 000 Männer und 1 730 000 Frauen.

Es ergibt sich demnach eine Steigerung

der Zahl der Männer von 1 627 037 auf 2 612 389
und der Frauen von 998 350 auf 1 729 034

insges.: von **2 625 387 auf 4 341 423**

(Gesamtsteigerung 65,4 %).

Bei dieser Steigerung ist zu berücksichtigen, daß in außergewöhnlichem Maße Selbständige aus der Landwirtschaft eingezogen worden sind. Ende 1942 rd. 700 000, die durch Unselbständige ersetzt werden mußten.

Zur Entwicklung der **Metallfacharbeiterzahlen** seien folgende Zahlen genannt:

Am 30. 6. 1939 wurden ..... 3 078 049 Metallwerker
gezählt, davon 231 385 weibliche;

B 441 12

H5134 – 0018

Ende 1942 betrug die Zahl der beschäftigten Metallwerker 3 639 094,
davon 488 329 weibliche.

Daneben waren zu diesem Zeitpunkt zum Wehrdienst einberufen 1 368 595,

so daß die Zahl der insgesamt vorhandenen Metallwerker 5 008 089

beträgt, d. h. daß die Zahl der Metallwerker **seit Kriegsbeginn um 62,7 % gesteigert** worden ist.

Hieran sind in stärkstem Maße die von der Arbeitseinsatzverwaltung gesteuerten Anlernmaßnahmen beteiligt. Auf Grund einer besonderen Aktion sind vom März 1940 bis Ende 1942 rd. 900 000 Kräfte in Anlernstellen eingewiesen worden, darunter rd. 260 000 weibliche.

Im Rahmen dieser Gesamtentwicklung sind die Zahlen der bei den **wichtigsten Rüstungsprogrammen** eingesetzten Arbeitskräfte ständig gesteigert worden.

So wuchs z. B. die Zahl der im letzten Jahr bei

Heeresfertigung Beschäftigten	von	1 400 000	auf	1 800 000,
davon bei **Panzerfertigung**	»	61 000	»	97 000,
bei Luftwaffenfertigung	»	1 760 000	»	1 900 000,
beim Krauchplan	»	300 000	»	360 000,
davon PSV-Plan	»	100 000	»	142 000,
beim Lokomotivprogramm	»	25 000	»	47 000,
bei Reichsbahnausbesserungswerken	»	184 000	»	234 000.

Insgesamt wurden der Rüstungswirtschaft im Jahre 1942 2 750 000 Kräfte zugewiesen, d. h. doppelt soviel als 1941, davon allein von April bis Dezember 2 350 000 Kräfte. Dieses Ergebnis konnte nur durch stärkste Mobilisierung des **Ausländereinsatzes** erreicht werden.

Im Jahre 1942 sind allein 3 300 000 Ausländer angeworben worden, davon von April bis Dezember 2 900 000.

Der Rüstungswirtschaft wurden

1 100 000 Ostarbeiter,
750 000 sonstige Ausländer,
350 000 Kriegsgefangene

zugeführt.

Neben dem Ausländereinsatz wurde — wie bereits erwähnt — die Fluktuation straffstens zu den kriegswichtigen Aufgaben gelenkt. Daneben wurden ebenfalls in erheblichem Ausmaß Kräfte durch **Auskämm- und Konzentrationsmaßnahmen** gewonnen. Die Zahl der auf diese Weise frei gemachten Kräfte betrug 552 000, von denen 511 000 zu wichtigen Aufgaben umgesetzt wurden.

B44013 1044

H5134 – 0019

Innerhalb der Rüstung wurden 50 000 Kräfte abgezogen und umgesetzt.

Aus dem Bausektor 140 000 Kräfte,
aus den übrigen Wirtschaftszweigen 360 000 Kräfte abgezogen.

Dabei wurden auch 57 000 Metallfacharbeiter gewonnen.

Für die **Verlagerung der Wirtschaftskapazität auf die Rüstung** von 1939 bis 1942 sind folgende Zahlen kennzeichnend:

Nach der Statistik der Reichsgruppe Industrie waren im Juli 1939 aus der gesamten Industrie 2 497 000 Kräfte bei der Wehrmachtsfertigung tätig.

Die Zahl steigerte sich bis September 1942 auf 5 888 000 » .

Bei sonstiger ziviler Fertigung waren im Juli 1939 7 288 000 Kräfte eingesetzt.

Die Zahl sank bis September 1942 auf 3 592 000 » .

Neben der Anwerbung von Arbeitskräften für den Einsatz in Deutschland ist die Bevölkerung der besetzten Gebiete weitgehend zur Verstärkung der deutschen Rüstungskapazität herangezogen worden.

Vom **Wi. Stab Ost** sind für deutsche Zwecke

im Don- und Donezgebiet rd. 4 620 000 Kräfte
und 165 000 Krgefang.

eingesetzt worden, bei einer Bevölkerung von rd. 12 Millionen;

im Gebiet Mitte sind 2 700 000 zivile Kräfte
und 136 500 Krgefang.

eingesetzt, bei einer Bevölkerung von 6 209 000;

im Gebiet Nord 565 000 zivile Kräfte
und 78 834 Krgefang.

bei einer Bevölkerung von rd. 1 260 000.

Daneben sind über 110 000 Hilfswillige eingesetzt.

Im Bereich des **Ostministeriums** arbeiten für deutsche Aufgaben

rd. 630 000 Kräfte
und 108 000 Krgefang.
(ohne Berücksichtigung des Handwerks).

In **Norwegen** sind

rd. 300 000 einheimische Kräfte

bei deutschen Aufgaben tätig,

davon rd. 100 000 bei Bau- und Befestigungsarbeiten,
12 800 im Schiffbau,
30 000 in der sonstigen Rü-Wirtschaft,
40—50 000 in der Forst- und Holzwirtschaft,
20 000 in der Fischwirtschaft.

B44014

H5134 – 0020

Niederlande:

An deutschen Rüstungsaufgaben arbeiten rd. 135 000 Kräfte.

Für die zivile gewerbliche Wirtschaft Deutschlands sind daneben 114 000 Kräfte beschäftigt, wovon allein 45 000 im Bergbau arbeiten.

Bei deutschen Baumaßnahmen, OT., Luftwaffe, Marine sind rd. 50 000 Kräfte beschäftigt.

Frankreich:

Für Fertigungsaufgaben der Rüstung dürften rd. 400 000 Kräfte tätig sein. Bei **Wehrmachtsdienststellen** (Luftgaukommandos, heereseigenen Betrieben, Kraftfahrreparaturwerkstätten, Werften) sind eingesetzt rd. 250 000 Kräfte.

Für Bergbau, eisenschaffende Industrie, Bahn, Bauvorhaben der OT. und sonstige deutsche Aufgaben rd. 2 144 000 Kräfte.

Belgien und Befehlsbereich Nordfrankreich:

In Belgien sind bei deutschen Aufgaben (militärische Einheiten, Luftgau, OT., Rüstungsbetriebe, Bergbau, Bahn usw.) eingesetzt rd. 572 000 Kräfte.

Im Befehlsbereich Nordfrankreich dürften rd. 371 000 Kräfte für Aufgaben der deutschen Rüstung arbeiten.

Die Zahlen der von der OT. eingesetzten Kräfte sind zusammengefaßt folgende:

24 770 Führungsstab,
110 000 deutsche Arbeiter,
419 000 Ausländer,
100 155 Kriegsgefangene.

Im Protektorat arbeiten rd. 300 000, im Generalgouvernement rd. 100 000 Arbeitskräfte unmittelbar für die deutsche Rüstung.

Die besetzten Gebiete sind also bereits in erheblichem Ausmaß für eine Ausweitung der deutschen Wehrkapazität in Anspruch genommen. Es besteht aber in den Ost- wie in den Westgebieten auch noch ein beträchtlicher Spielraum für eine weitere Einspannung aller Kräfte der besetzten Gebiete in deutsche Aufgaben.

Daneben wird im Jahre 1943 die Zuführung weiterer ausländischer Kräfte für die deutsche Rüstungswirtschaft von größter Bedeutung sein, um die Freisetzung von frontverwendungsfähigen Kräften zu ermöglichen. Besonders kommt es darauf an, Facharbeiter aus dem Westen zu gewinnen und die Anlernmaßnahmen in Deutschland noch erheblich zu steigern.

Wenn im vergangenen Jahr monatlich durchschnittlich 50 000 Anlernkräfte eingewiesen wurden, so muß diese Zahl im Jahre 1943 auf über 100 000 vermehrt werden. Diese Maßnahme wird erleichtert durch die

B 440 45

H5134 – 0021

Mobilisierung der noch vorhandenen inneren Reserven, bei der in größerer Zahl anlernfähige und anlernwillige Kräfte gewonnen werden können. Diese Mobilisierung der inneren Reserven muß sich auch auf die noch voll einsatzfähigen Kräfte erstrecken, um jede Kraft auszunutzen und zu einer angemessenen Arbeitsleistung für die Kriegswirtschaft zu gewinnen.

Die eingesetzten ausländischen Arbeitskräfte setzen sich ihrer Nationalität nach folgendermaßen zusammen:

Arbeiter:		**Kriegsgefangene:**	
Belgier	rd. 131 000	Belgier	rd. 55 000
Franzosen	» 135 000	Franzosen	» 932 000
Italiener	» 200 000	Engländer	» 45 000
Jugoslawen	» 54 000	Jugoslawen	» 101 000
Kroaten	» 64 000	Polen	» 33 000
Niederländer	» 154 000	Russen	» 488 000
Ungarn	» 31 000	sonstige	» 4 000
Protektorat	» 193 000		
Generalgouv.	» 896 000		
Estland / Lettland	» 30 000		
Schutzangeh.	» 501 000		
Ostarbeiter	» 1 350 000		
sonst. Ausländ.	» 275 000		

Ich darf nun zu dem Problem der Löhne übergehen und über Stand und Entwicklung derselben berichten.

Im Jahre 1933 wurden die damals geltenden Löhne und Gehälter als Mindestsätze nahezu unverändert übernommen. Das zufällige Ergebnis vergangener Machtkämpfe der Unternehmerverbände und Gewerkschaften wurde damit als die zunächst geltende unterste Lohngrenze stabilisiert.

Über diese Grenzen ist jedoch in einer Reihe von Fällen sehr bald hinausgegangen:

a) Unzureichende Löhne wurden aufgebessert — vor allem in den Industrien der Steine und Erden, im Bekleidungsgewerbe, in den unteren Ortsklassen des Baugewerbes, in der Heimarbeit —. Die sehr niedrigen Hilfsarbeiterlöhne, z. T. 39 bis 54 *Rpf* je Stunde, wurden durchweg auf einen Stand zwischen 50 und 60 *Rpf* gehoben. Eine entsprechende Reform in der Landwirtschaft unterblieb jedoch. Infolgedessen mußte sich das Anheben der z. T. niedrigen Löhne der gewerblichen Wirtschaft in verhältnismäßig engen Grenzen halten, um nicht die an sich schon bestehende Landflucht noch zu begünstigen.

b) Den Betriebsführern wurde in den Jahren 1933 bis 1937 wiederholt nahegelegt, über die geltenden Mindestsätze hinauszugehen.

B 440 16 Ger

H5134 – 0022

c) **Seit 1937 führten die zunächst in einzelnen Gewerben auftretenden Verknappungserscheinungen im Arbeitseinsatz zur Bildung sogenannter Locklöhne. Durch Anbieten höherer Löhne und durch Setzen ungerechtfertigter günstiger** Akkorde suchten zunächst einzelne Betriebe, dann ganze Gewerbe die notwendigsten Arbeitskräfte zu gewinnen. **Diese Entwicklung führte entgegen den Grundsätzen des Führers über Stabilität der Löhne und Preise zu einem Ansteigen nahezu aller Löhne.**

Im Jahre 1939, im Jahre des Kriegsausbruchs und im Jahre des Lohnstops, lagen somit z. T. wenig geordnete Lohnverhältnisse vor, die sich erklärten aus

1. den aus der Zeit vor 1933 übernommenen Mindestsätzen,
2. den z. T. sehr willkürlich und im Ausmaß sehr verschiedenen großen Verbesserungen betrieblicher Löhne seit 1933.

Die tatsächlichen Verdienste auf die Stunde umgerechnet — also Effektivverdienste einschließlich Leistungszulagen, Akkordverdiensten und Mehrarbeitszuschlägen — liegen für Facharbeiter gegenwärtig — im Reichsdurchschnitt — zwischen 76 *Rpf* (Sägeindustrie) und 1,29 *RM* (Flachdruckgewerbe). Im einzelnen sind jedoch noch weit höhere und z. T. auch noch erheblich niedrigere Verdienste für Facharbeiter in Geltung.

Auch der Hilfsarbeiterlohn ist im Reich und für die einzelnen Gewerbe **außerordentlich verschieden,** obgleich man annehmen sollte, daß für einfachste Arbeiten in allen Wirtschaftszweigen ungefähr ein gleich hoher Lohn gerechtfertigt werden könnte. Im **Reichsdurchschnitt** schwankt der Hilfsarbeiterlohn innerhalb der gewerblichen Wirtschaft zwischen 61 *Rpf* und 1,08 *RM*. In Einzelfällen liegt er jedoch auch hier z. T. erheblich höher, z. T. aber auch noch unter 61 *Rpf*. In der Landwirtschaft erhalten Freiarbeiter oder Knechte unter Einrechnung aller Sachwerte im Durchschnitt nur einen Lohn von etwa 38 *Rpf* — in Einzelfällen schwankt er zwischen 33 und 45 *Rpf* —. Der erfahrene verheiratete Deputant — der hier nahezu als Facharbeiter angesprochen werden kann — kann unter Einrechnung der Deputate im allgemeinen höchstens mit einem durchschnittlichen Stundenverdienst von etwa 56 *Rpf* rechnen. Im Einzelfall liegen seine Verdienste zwischen 45 und 60 *Rpf*.

Meist liegen die Löhne im Westen etwas höher, als die Durchschnittswerte anzeigen, im Osten des Reichs dagegen niedriger. Grund für diese Streuung der Löhne im Reich sind neben Zufälligkeiten aus der Zeit vor 1933 die geringere Ertragsfähigkeit der Wirtschaft im Osten wegen nur unzureichender technischer Ausstattung der dortigen Betriebe und wegen der meist großen Ferne vom Absatz und vom Rohstoff (hohe Frachten).

B 440178

H5134 – 0023

Ich komme zur Entwicklung der Löhne insbesondere im Kriege.

a) **Seit 1933** sind die tatsächlichen Verdienste je Stunde um rd. 25%, je Woche um rd. 41% (Reichsdurchschnitt) gestiegen. Die wesentlich stärkere Erhöhung der Wochenverdienste erklärt sich daraus, daß seit 1933 von der Kurzarbeit zur Vollarbeit (48 Stunden) und schließlich zur Mehrarbeit (bis 60 Stunden und mehr) übergegangen worden ist. Da gleichzeitig auch die Preise angezogen haben, beträgt die Zunahme der Stundenverdienste **der Kaufkraft nach** nur rd. 9%, die der Wochenverdienste **der Kaufkraft nach** nur rd 23%.

b) **Seit Beginn des Krieges** ist ein langsamer Anstieg der Verdienste zu beobachten. Die Stundenverdienste liegen gegenwärtig im Durchschnitt um rd. 10% — der Kaufkraft nach sind sie ungefähr gleichgeblieben —, die Wochenverdienste um rd. 12 bis 13% — der Kaufkraft nach sind sie um ungefähr 3% gestiegen — über dem Stande vor Beginn des Krieges.

c) Die **Entwicklung der Löhne** ist jedoch nicht in allen Gewerben gleich. Die Wochenverdienste sind seit 1933 — infolge der verlängerten Wochenarbeitszeit — meist noch stärker als die Stundenverdienste in die Höhe gegangen, z. B. in der Metallindustrie um 56%. Auch noch im Kriege sind bei einer durchschnittlichen Zunahme der Stundenverdienste um 10% in Einzelfällen sehr unterschiedliche Erhöhungen zu beobachten gewesen. Im großen und ganzen weisen die konjunkturbegünstigten Gewerbe — vor allem soweit dort Akkordarbeit sehr häufig ist — die sichtbarsten Erhöhungen aus.

d) Als positiver Erfolg der Lohnpolitik ist es zu werten, daß es gelungen ist, den Lohn ungleich stabiler als im Weltkrieg zu halten. **Im dritten Kriegsjahr des Weltkrieges lagen die Verdienste um über 90% über dem Stand von 1914. Im dritten Kriegsjahr dieses Krieges liegen sie jedoch nur um 10% über dem Vorkriegsstand.** Dagegen waren der Kaufkraft nach die Löhne im Weltkrieg — als Folge der außerordentlich ansteigenden Preise — um über 20% **unter dem Stand vom Sommer 1914.** Da nach den Unterlagen des Statistischen Reichsamtes und des Reichskommissars für die Preisbildung im gegenwärtigen Krieg die Lebenshaltungskosten sich um etwa 10% erhöht haben, so sind die Verdienste, gemessen an der Kaufkraft 1939—1942, also ungefähr gleichgeblieben.

Über Ursachen und Gründe der Lohnbewegung ist kurz zusammengefaßt folgendes festzustellen:

Die Verdienste sind in der Zeit von 1933 bis 1939 gestiegen, weil

a) einige besonders niedrige Lohnsätze bewußt angehoben wurden,

b) manche Betriebsführer von sich aus die Löhne erhöhten, und zwar vorwiegend in der Absicht, sich wertvolle Arbeitskräfte zu erhalten oder neue Arbeitskräfte zu gewinnen (Locklöhne),

B 44018

H5134 – 0024

c) die Akkorde wegen der Änderung im Umfang der Produktion — größere Serien — und in den technischen Bedingungen — Verbesserung in der technischen Ausstattung der Betriebe und in den Produktionsmethoden — unrichtig wurden, eine Berichtigung jedoch bewußt nicht erfolgte. Aus diesem Grund sind die Arbeitsverdienste in besonders großem Umfang in den Gewerben gestiegen, in denen Akkordarbeit häufig ist.

Die Verdienste sind in der Zeit von 1939 bis 1942 gestiegen, weil

a) oft Umstellungen in der Produktion erfolgten, die zum Teil höherwertige oder zum mindesten üblicherweise besser entlohnte Arbeiten zur Folge hatten;

b) Sonntags-, Feiertags-, Nachtarbeit und Überstundenarbeit häufiger wurden und diese Arbeiten nach den geltenden Vorschriften durch bessere Zuschläge zu vergüten waren;

c) im Interesse der Leistungssteigerung zahlreiche Betriebe vom Zeitlohn zum Akkordlohn übergingen bzw. das System der Akkordentlohnung ausweiteten, wodurch sich zwangsläufig höhere Verdienste ergeben mußten;

d) die Ausführung größter Serien in der Rüstungswirtschaft und die technischen Verbesserungen im Betriebe die Akkordbedingungen in noch größerem Maße unrichtig werden ließen als in der Vorkriegszeit und wegen fehlender Berichtigung infolgedessen ungerechtfertigte Erhöhungen der Akkordverdienste häufig wurden;

e) in Einzelfällen Lohnerhöhungen zum Ausgleich von Härten zugelassen werden mußten;

f) sich verschiedentlich auch illegale Erhöhungen durchsetzten (Amnestie auf Grund der Tätigen Reue).

Die straffe Führung der Lohnpolitik führte dazu, daß **die Lohnbewegungen im Verhältnis zu denen des Weltkrieges — dort Erhöhungen bis zum Ende des 3. Kriegsjahres um 90 %, hier nur Erhöhungen im Durchschnitt von 10 % — gering blieben.**

Großer und energischer Anstrengungen bedurfte es im vergangenen halben Jahre, ein Davonlaufen der Löhne in allen besetzten Gebieten im brennenden Interesse vor allem der deutschen Arbeiter zu verhindern.

Die Auswirkungen auf die Lebenshaltung stellen sich wie folgt dar:

Im Weltkrieg sanken die Arbeitsverdienste trotz außergewöhnlicher Erhöhung ihrer Kaufkraft nach bis zum Ende des 3. Kriegsjahres um über 20 %. In diesem Kriege sind die Arbeitsverdienste — allerdings nur unter Berücksichtigung der legalen Preise — der Kaufkraft nach im Durchschnitt nahezu gleichgeblieben. Der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung hat sich somit — abgesehen von den kriegsbedingten Einschränkungen — nicht verschlechtert.

B 44019

H5134 – 0025

Da bereits vor diesem Kriege ein kleiner Teil der Arbeiterschaft von ihrem Arbeitsverdienst weniger kaufen konnte, als ihr nach der gegenwärtigen amtlichen Verteilung zustehen würde, so ist auch heute noch ein — wenn auch nicht sehr großer — Teil der Arbeiterschaft nicht in der Lage, mit dem Arbeitsverdienst all das zu kaufen, was nach der amtlichen Verteilung den einzelnen Familien zusteht. Ist in einer vierköpfigen Familie nur ein Verdiener vorhanden, so muß er bei einer 60stündigen Wochenarbeitszeit ungefähr 60 *Rpf* in der Stunde (Landgemeinden etwas weniger, Großstädte etwas mehr) verdienen, um die Bezugsrechte der Familie ausnutzen zu können. Die Zahl dieser Fälle ist jedoch verhältnismäßig klein, da

a) deutsche Hilfsarbeiter, die mit ihrem Durchschnittsverdienst diese Grenze unterschreiten, gegenwärtig verhältnismäßig selten sind,

b) in den Kreisen, in denen so niedrige Preise erzielt werden, regelmäßig ein zweites Familienmitglied mitarbeitet, so daß auf diese Weise das Familieneinkommen erhöht wird.

Unter den 4 Millionen deutscher Haushaltungen, die gegenwärtig nicht in der Lage sind, die ihnen nach den Karten und Marken zustehenden Güter des täglichen Bedarfs in vollem Umfang einzukaufen, stellen somit die Arbeiter nur einen kleinen Teil. Meist sind es Rentner, kleinste Gewerbetreibende, auch Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende, die über so geringe Einkommen verfügen. Es ist jedoch zu bedenken, daß es sich hier um eine Schätzung handelt, und daß in jedem dieser Haushalte das eine oder andere Familienmitglied jetzt schon wieder unter bedeutend günstigeren Lohnbedingungen in der Kriegswirtschaft zum Einsatz gelangt ist. Der neue Führer-Erlaß für den totalen Arbeitseinsatz vermag gerade hier in umfassendstem Ausmaß Abhilfe zu schaffen. Denn selbstverständlich werden die Arbeitsämter auch freiwillige Anmeldungen solcher Volksgenossen und Volksgenossinnen gern annehmen, die nicht unter die ausdrücklich vom Führer festgelegten Kategorien der Meldepflichtigen fallen.

Als Ergebnis der Untersuchung kann festgestellt werden:

Trotz einiger zum Teil unvermeidbarer, zum Teil nur schwer vermeidbarer Lohnbewegungen sind die tatsächlichen Stundenverdienste in diesem Kriege im Gegensatz zum Weltkrieg nahezu stabil geblieben. Die hier festgestellte Erhöhung fällt demgegenüber kaum ins Gewicht.

Lohnbewegungen bescheidenen Umfanges werden auch in der Zukunft nicht ausgeschlossen sein. Das aus der Vergangenheit mit geringen Korrekturen übernommene Lohngebäude verlangt ständig Reparaturen, die meist zu einer Verbesserung einzelner Lohnsätze führen. Gründe der Lohngerechtigkeit und auch der Leistungssteigerung werden ein völliges Erstarren der gegenwärtig geltenden Löhne und Gehälter unmöglich machen. So sind z. B. im Baugewerbe derartige Änderungen geltender Lohnsätze notwendig. Die kürzlich festgelegten reichseinheit-

B 44020

H5134 - 0026

lichen Bauleistungswerte stellen gleiche Anforderungen an die Normalleistung des einzelnen Bauarbeiters in ganz Deutschland. Das verlangt aber auch eine weitgehende Vereinheitlichung der Lohnberechnungsgrundlagen. Der Verrrechnungslohn für die Bauleistungswerte wird daher reichseinheitlich auf 76 *Rpf* für den Maurer festgelegt werden. Lohnsätze, die unter diesem Satz liegen — der niedrigste Tariflohn für Baufacharbeiter im Altreich liegt gegenwärtig bei 64 *Rpf* —, müssen also auf den Satz von 76 *Rpf* gehoben werden. Umgekehrt werden sich die Bauarbeiter in den hohen Lohngebieten damit abfinden müssen, daß auch dort die Verrechnung der Bauleistungswerte nur zu dem Satz von 76 *Rpf* erfolgt. Der Unterschied zwischen 76 *Rpf* und den in jenen Gebieten höheren Tariflöhnen — der höchste tarifliche Baufacharbeiterlohn beträgt 1,10 *RM* — wird in diesen Orten als eine Art Ortsklassenzulage gesondert ausgezahlt werden, so daß in keinem Falle der bisherige tarifliche Lohnstand unterschritten wird. Wegen des Anhebens der Werte unter 76 *Rpf* wird sich jedoch insgesamt voraussichtlich eine mäßige Erhöhung der Bauarbeiterlöhne im Reichsdurchschnitt einstellen.

Je mehr es jedoch gelingt, alle unberechtigten Verdienststeigerungen infolge unzutreffender Akkorde auszuschließen und durch lohnordnende Maßnahmen eine leistungsgerechte Entlohnung sicherzustellen, um so mehr wird es möglich sein, auf weite Sicht gesehen, die bestehenden Lohnauftriebstendenzen aufzufangen und den Grundsatz stabiler Löhne bis auf wenige Ausnahmen durchzusetzen.

Starke Unterschiede in der Lohnhöhe bestehen nicht nur bei den einzelnen Gewerbezweigen, sondern auch rein geographisch gesehen in den einzelnen Wirtschaftsgebieten. Hier ist auch zu nennen das z. T. noch bestehende West-Ost-Gefälle. Im allgemeinen liegen die Löhne in den gleichen Gewerbezweigen im Westen des Reichs höher als im Osten. Während der Reichsdurchschnitt der Hilfsarbeiterlöhne in der metallverarbeitenden Industrie bei 80,2 *Rpf* in der Stunde liegt, beträgt der Durchschnitt für dieselbe Gruppe im Rheinland 86,8, in Niederschlesien 58,3, in Oberschlesien 55,9 *Rpf*. Vom rein sozialpolitischen Standpunkt aus ist eine Milderung dieser Spannen anzustreben. Es darf dabei aber der Unterschied in den wirtschaftlichen Grundbedingungen nicht außer acht gelassen werden. Die Betriebe im Westen und in der Mitte des Reichs liegen ihrem Standort nach günstiger zu den Hauptabsatzgebieten als die Betriebe im Osten. Sie sind auch vom technischen Standpunkt besser durchrationalisiert und moderner ausgerüstet als die Betriebe in den früheren östlichen Grenzgebieten. Nur im Zusammenhang mit der Änderung dieser wirtschaftlichen Gegebenheiten kann auch eine Anpassung des Lohnniveaus erfolgen. Je weiter der deutsche Wirtschaftsraum sich nach dem Osten ausbreitet und je weiter die Grenzen nach Osten rücken, um so mehr muß sich das Gefälle verflachen, d. h. in einiger Zeit wird man von einem West-Ost-Gefälle innerhalb der alten

B44021

H5134 – 0027

Reichsgrenzen nicht mehr sprechen können und dürfen. Allerdings setzt dies voraus, daß auch der Leistungsstand der Arbeiterschaft in den Ostgebieten auf die Höhe des Standes in der Mitte und im Westen des Reichs gehoben wird. Die an sich richtigen Bestrebungen auf Wegfall des West-Ost-Gefälles dürfen nicht dazu führen, daß sich die Verhältnisse umkehren und man sich plötzlich vor ein Ost-West-Gefälle gestellt sieht. Tendenzen hierzu sind insbesondere bei der Gehaltsbildung der Angestellten bereits zu beobachten. Im Verhältnis vom Westen und der Mitte des Reichs zum Südosten kann heute schon von einem Gefälle nicht mehr gesprochen werden. Bei einem Reichsdurchschnitt für die Hilfsarbeiter in der Metallindustrie von 80,2 *Rpf* liegt der Gau Wien-Niederdonau auf 83,2, Oberdonau 85,0, Steiermark-Kärnten 79,2 *Rpf*. Diese Gebiete haben also nicht nur den Anschluß an die Lohnentwicklung im Reich gefunden, sondern sind ihr zum Teil schon vorausgeeilt. Im Juni 1938 stand die Ostmark insgesamt an 12. Stelle der Wirtschaftsgebiete in der Reihenfolge der Facharbeiterlöhne der metallverarbeitenden Industrie. Im März 1941 war die gesamte Ostmark auf die 4. Stelle vorgerückt. Sie liegt damit über Rheinland, Westfalen und Südwestdeutschland. Schon dieses Beispiel zeigt, daß ebenso wie der Arbeitseinsatz, der nicht an den Grenzen der Gaue oder Wirtschaftsgebiete Halt machen kann, sondern über den ganzen von Deutschland beherrschten Raum geleitet wird, auch die Lohnpolitik nach einheitlichen Grundsätzen gesteuert werden muß. Für Sonderentwicklungen, die sich in der Vergangenheit auch an anderen Stellen bemerkbar gemacht haben und die mit den klaren Weisungen des Führers nicht in Einklang zu bringen sind, ist kein Raum. Lohnregelung und Leistungssteigerung sind nicht voneinander zu trennen. Die enge Verbindung von beiden muß zusammen mit dem Arbeitseinsatz bei der kommenden Entwicklung auf das sorgfältigste beachtet werden.

Ich habe daher die Reichstreuhänder auf das strengste angewiesen, sich ihrer großen Verantwortlichkeit bewußt zu bleiben und mit größter Disziplin ihre Aufgaben nach den Reichsgrundsätzen zu handhaben.

Ich selbst werde in engster Zusammenarbeit mit der Partei die wichtigsten Probleme im Sinne der nationalsozialistischen Gerechtigkeit ebenso wie nach den Notwendigkeiten dieser Zeit zu lösen versuchen, soweit sie im Kriege überhaupt aufgegriffen werden dürfen und zu bereinigen sind.

Ich muß Sie aber alle auf das entschiedenste bitten, auf eigene Sonderregelungen zu verzichten und dagegen mich voll zu unterstützen. Im Großdeutschen Reich darf es nur eine nationalsozialistische Lohnpolitik geben.

Für die Lohnbildung tragen ich und die Reichstreuhänder der Arbeit in erster Linie die Verantwortung. Wir wissen alle, daß im gegenwärtigen Lohnbild vieles verbesserungsbedürftig ist, und Sie, Reichsleiter

B44022

und Gauleiter, dürfen überzeugt sein, daß es uns, d. h. den Treuhändern und mir — doch zumeist alten Nationalsozialisten — schwer genug wird, unter der Bindung des Lohnstops auf dem sozialpolitischen Sektor nicht vorwärts schreiten zu dürfen. Aus den Hütern und Wegbereitern des sozialpolitischen Fortschritts sind sie in Ausführung des Befehls des Führers, Löhne und Preise stabil zu halten, weitgehend zu Hütern der Währung geworden.

Bei dieser völlig klaren Sachlage müßte es ausgeschlossen sein, daß in einer Kreisleiterbesprechung ein Kreisleiter gegen einen Reichstreuhänder massive Vorwürfe erhebt und eine Auffassung, der Reichstreuhänder gelte als Staatsfeind Nr. 1, weitergibt. Die gesamte Reichstreuhänderverwaltung ist ein wichtiger Träger der nationalsozialistischen Ordnung des Gemeinschaftslebens. Wenn sie als Staatsfeind Nr. 1 benannt wird, so bedeutet das nicht eine Erschütterung des Vertrauens in eine Person, sondern in die nationalsozialistische Staatsführung überhaupt.

Reichsleiter, Gauleiter! Ich hoffe dagegen sehr, daß Sie in mir als alten Parteigenossen die Gewähr sehen, daß Arbeitseinsatz und Lohnpolitik ausschließlich gemäß den Grundsätzen der nationalsozialistischen Weltanschauung und nach den klaren Befehlen des Führers sowie den sich immer mehr steigernden Anforderungen und Notwendigkeiten in dieser Kriegszeit geregelt werden.

Eine undiskutierbare Notwendigkeit für alle deutschen Arbeiter in allen deutschen Betrieben ist die persönliche Leistungssteigerung im Zusammenhang mit der Herstellung einer echten Lohn- und Akkordgerechtigkeit. Nach den Grundsätzen, wie sie durch Reichsleiter Pg. Dr. Ley und Oberdienstleiter Pg. Hupfauer im Einvernehmen mit mir und meinen Dienststellen festgelegt sind, wird diese Aktion nunmehr konsequent durchgeführt werden. Die höchsten Leistungen unserer Soldaten an der Front und ebenso der unerhörte Schicksalskampf unseres ganzen Volkes um seinen Bestand erfordern diese Leistungssteigerung. Hierüber darf und kann nicht mehr diskutiert werden. Eine jede Vermehrung des Ausstoßes an Waffen und Gerät erleichtert der deutschen Wehrmacht den Kampf und schützt das Leben deutscher Soldaten.

Aus diesem Grunde ist Ihre vorbehaltlose Unterstützung, Reichsleiter und Gauleiter, auch für diese Aktion unerläßlich. Ich selber habe angeordnet, daß überall nur im engsten Einvernehmen zwischen Partei, Betrieb, DAF., Treuhänder usw. vorgegangen wird.

Die Durchführung der Meldepflicht für die deutschen Frauen und Männer, die noch nicht für die Kriegswirtschaft und lebenswichtige Betriebe erfaßt sind, wird von den Arbeitsämtern mit größter Sorgfalt und Umsicht erfolgen. Eine Zusammenstellung der geltenden Grundsätze und Vorschriften finden Sie ebenfalls in der erwähnten Mappe vor.

B 44023

H5134 – 0028

H5134 – 0029

Von größtem Wert wird hier ebenfalls die Mitarbeit der Partei sein, um Unzulänglichkeiten, die ja auch bei unseren Dienststellen nicht ausgemerzt werden können, wenn auch nicht vollkommen unmöglich zu machen, so doch auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Über vieles, das weiß ich, wäre noch zu berichten. Ich war jedoch bemüht, Ihnen einen möglichst konzentrierten Gesamtüberblick über mein Aufgabengebiet zu geben. Es wird mein und meiner Mitarbeiter heißestes Bemühen sein, auch fernerhin das Vertrauen des Führers und der Partei zu rechtfertigen. Ich selbst will und muß mit sturer Hartnäckigkeit und fanatischem Eifer zwar meine Überzeugung nach der sachlichen Seite hin vertreten, auch — wenn es sein muß — meinen Mitarbeitern und Ihnen gegenüber. Das erfordert die nationalsozialistische Wahrhaftigkeit. Darum aber glauben Sie erst recht an meine persönliche Verbundenheit und an meinen guten, ja an meinen fanatischen Willen zu vorbehaltloser Zusammenarbeit. Dieses Bewußtsein gibt dann auch mir und meinen Mitarbeitern die Kraft, das Äußerste für unseren Führer, für unser geliebtes Volk und für unsere unvergleichlichen Soldaten zu versuchen und zu vollbringen. Ich bin der Überzeugung, daß der deutsche Arbeitseinsatz auch in diesem Jahre die Aufgaben, die ihm gestellt sind, lösen wird. Der Bedarf wird hinter dem vorjährigen nicht zurückstehen.

Zu dem Frauen- bzw. totalen Kriegseinsatz nach dem Erlaß des Führers vom 13. Januar 1943 ist folgendes zu sagen:

Der Arbeitseinsatz begrüßt außerordentlich, daß durch den erwähnten Erlaß des Führers diese gewaltige zusätzliche Hilfe des totalen Kriegseinsatzes von deutschen Männern und Frauen ermöglicht worden ist. Ich darf darauf hinweisen, daß auch dieser Einsatz bei Übernahme meines Auftrags vorgesehen worden ist und daß auch schon vorher vom Reichsarbeitsministerium aus bedeutende Vorarbeiten hierfür geleistet worden sind.

Es hat mir jetzt daran gelegen, Ihnen zunächst einen klaren Überblick über den Stand des Arbeitseinsatzes und der Lohnpolitik im jetzigen Schicksalskampf unseres Volkes zu geben und gewisse Vergleiche, soweit sie möglich waren, zum Weltkrieg zu ziehen. Ich konnte mir ein Eingehen auf das Problem des vermehrten Fraueneinsatzes deshalb etwas ersparen, weil ich Ihnen auf Ihre Plätze einen gedruckten Vortrag, der auf die Einzelheiten dieses Problems sorgfältig eingeht, legen konnte. Ministerialdirigent Pg. Dr. Timm hat in meinem Auftrag in Weimar auf der Tagung der Präsidenten der Landesarbeitsämter, der Reichstreuhänder und der deutschen Arbeitsämter einen Vortrag gehalten, in dem alle Momente berücksichtigt sind, die für den Einsatz der Arbeitskraft unseres Volkes im Gremium Oberster Reichsbehörden und der vom Führer beauftragten Parteigenossen Berücksichtigung gefunden haben. Daraus

B 44024

H5134 – 0030

sind nun die auch von mir gebilligten Richtlinien entstanden, die für die Arbeitsämter bei der Durchführung des Erlasses verbindlich sein werden.

Im einzelnen darf ich dazu bemerken:

Oberstes Gesetz bei diesem Einsatz ist für mich der strikte Befehl des Führers, der deutschen arbeitenden Frau die größte Fürsorge angedeihen zu lassen und unter allen Umständen zu verhüten, daß auch bei neuem Einsatz die deutsche Frau oder das deutsche Mädchen hinsichtlich ihrer körperlichen als auch ihrer seelischen Gesundheit Schaden erleiden könnte. Ich habe daher der Reichsarbeitseinsatzverwaltung den strikten Befehl gegeben, die Durchführung der Meldepflicht und den daraus erfolgenden Einsatz deutscher Frauen in der deutschen Kriegswirtschaft so sorgfältig, korrekt und sauber zu handhaben, wie es der Würde unseres Volkes und der Notwendigkeit der Erhaltung seiner biologischen Gesundheit entspricht. Die Arbeitsämter sind weiter von mir angewiesen, daß sie in ihrer Beratung aller deutschen Volksgenossen und Volksgenossinnen bei der jetzt durchzuführenden Aktion so verfahren, daß die deutschen Menschen nicht eingeschüchtert und verängstigt die Schalter der Arbeitsämter verlassen, sondern daß sie zuversichtlich und innerlich gestärkt sowie von der Notwendigkeit überzeugt an ihre Arbeit gehen.

Wiederum wird und muß alles dafür getan werden, daß die deutschen Frauen möglichst an die Plätze kommen, für die sie auf Grund ihrer Kenntnisse und Fähigkeiten besonders geeignet sind.

Eine besonders heikle Frage stellt das Problem der Hausangestellten dar. Es bringt erhebliche praktische Schwierigkeiten mit sich. Ich erinnere nur an den Wandel der Zeiten, der daraus hervorgeht, daß noch während der ersten Jahre der Machtübernahme Familien getadelt wurden, die keine Hausangestellte annahmen, wenn sie dazu einigermaßen in der Lage waren. Man wollte damals der Arbeitslosigkeit abhelfen und hat sogar den Familien, die Hausangestellte in Dienst genommen haben, steuerliche Erleichterungen gewährt. Heute müssen nun diejenigen Familien getadelt werden, die eine Hausangestellte entbehren können und sie trotzdem behalten.

Wir müssen aber auch bedenken, daß alle Hausangestellten bei ihren Arbeitgebern nun Wohnung, Verköstigung und andere Vorteile genießen. Werden sie heute dort weggenommen, dann ergibt sich für mich sofort die sehr schwierige Frage, wie können diese Mädchen oder Frauen nun wohnungs- oder verpflegungsmäßig untergebracht werden.

Da es schon unendlich schwer ist, die notwendigen und unentbehrlichen Ausländerinnen und Ausländer, aber auch deutsche Dienstverpflichtete usw. in anständigen Baracken unterzubringen, so wird sich die Lösung dieser Hausangestelltenfrage auch hier erheblich schwieriger gestalten, als es zunächst für diejenigen den Anschein hat, die mit Nach-

B44025

H5134 – 0031

druck die Lösung des Hausangestelltenproblems im Sinne der Kriegswirtschaft fordern. Zweifelsohne werden wir so verfahren, daß wir entbehrliche Hausangestellte vor allem in die kinderreichen Familien hineingeben.

Außerordentlich wichtig für den Arbeitseinsatz ist es aber auch, daß der Partei, der DAF. und vor allem der NSV. alle die Frauen erhalten bleiben, die zum sehr großen Teil ehrenamtlich und freiwillig in der Volksbetreuung oder in den pflegerischen Berufen tätig gewesen sind. Gerade der Masseneinsatz unseres Volkes, der ja auch den Einsatz von Müttern nicht ausschließt, verlangt gebieterisch den Ausbau der Kindergärten, der Jugendfürsorge usw. Hier ist die Einschaltung der Partei, insbesondere der Kreisleiter, von höchster Bedeutung.

Ich bitte Sie, Reichsleiter und Gauleiter, zu mir und meinen Mitarbeitern das Vertrauen zu haben, daß auch diese große Frage des totalen Kriegseinsatzes mit größter Umsicht, aber auch mit größter Intensität und Schnelligkeit gelöst werden wird. Ich gebe nochmals meiner Überzeugung und meinem Willen Ausdruck, daß der Führer und daß die Partei sich auf den Arbeitseinsatz verlassen können. Mögen auch die Aufgaben noch so schwierig sein, wir werden sie zu lösen versuchen und werden sie auch durch das Zusammenspiel aller Kräfte zu lösen vermögen.

B 44026

Reichsdruckerei
11388 42 38

H5134 - 0032

1739 P.S.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für den
Arbeitseinsatz

Geheim!

Übersicht

über den Arbeitseinsatz

nach dem Stande vom 30. November 1942.

1. In der Zeit vom 1. April bis zum 1. Dezember 1942 wurden durch die Organisation des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz der deutschen Kriegswirtschaft insgesamt

2.749.652 Arbeitskräfte

zur Verfügung gestellt. Hiervon befinden sich zur Zeit noch 82.235 in Zügen auf dem Transport ins Reich.

Die von mir bei Übernahme meines Amtes geforderte Zahl von 1.600.000 zusätzlichen Arbeitskräften ist heute

mit über 1 Million

übertroffen.

Es wurden im Monat durchschnittlich über

340.000 Arbeitskräfte

aus den besetzten europäischen Gebieten angeworben, zum Teil dienstverpflichtet, ärztlich untersucht, entseucht, entlaust, transportiert, in der Heimat nochmals untersucht und in den Arbeitsprozeß eingereiht. Außerdem mußte für Unterbringung, ja auch für Bekleidung der fremden Arbeiter Sorge getragen werden.

Selbst

B 44027

1739 PS

H5134 – 0033

Selbst in den beiden letzten, witterungsmäßig sehr schwierigen Monaten, Oktober und November, in denen hauptsächlich im Osten aufgrund der militärischen Operationen außerordentliche Erschwerungen, ja Sperrungen, in Kauf genommen werden mußten, sind

im Oktober . . . . . 306.558 und
im November . . . . . 393.880, also fast

400.000 Arbeitskräfte

neu der deutschen Kriegswirtschaft bereitgestellt worden. In der Novemberzahl befinden sich die vorerwähnten 82.235 auf dem Transport. Sie werden in den kommenden Tagen eintreffen.

Der Anteil der weiblichen Kräfte an der Gesamtzahl der eingesetzten fremdvölkischen zivilen Arbeitskräfte beläuft sich

a) bei den Ostarbeitern und Polen auf etwa 50 v.H.,
b) bei den übrigen ausländischen Kräften auf etwa 30 v.H.

Die hereingebrachten fremden Arbeitskräfte wurden wie folgt auf die einzelnen Wirtschaftszweige aufgeteilt:

a) Rüstungswirtschaft	1.462.000
b) Bergbau	140.000
c) Land- und Forstwirtschaft . .	636.000
d) Bauwirtschaft (überwiegend Rüstungsbau und Bombenschäden)	143.000
e) sonstige kriegswichtige Fertigung	285.517.

Mit

B 44028

Mit meiner Dezemberplanung werden am Ende des Jahres 3 Millionen Arbeitskräfte der deutschen Kriegswirtschaft in 9 Monaten zur Verfügung gestellt worden sein.

Eingehende Untersuchungen und Beobachtungen zeigten, daß die Arbeitsleistung dieser fremden Kräfte zwischen 70 und 100 % der deutschen Leistung liegt.

Große Schwierigkeiten brachte zunächst die Ernährungsfrage für die fremden Arbeitskräfte mit sich. In einer Anzahl von grundsätzlichen Anordnungen über Ernährung, Bekleidung, Unterbringung, Behandlung und Entlohnung, gemeinsam mit den zuständigen Dienststellen der Partei und des Staates, konnten diese Probleme trotz der bestehenden kriegsmäßigen Verhältnisse befriedigend gelöst werden.

Ohne diese Leistung der Arbeitseinsatzbehörden wäre es unmöglich gewesen, den Beschäftigtenstand in der Rüstungswirtschaft trotz der Einberufungen zur Wehrmacht und der unvermeidlichen Fluktuation sowie sonstiger Abgänge nicht nur zu erhalten, sondern ihn gemäß den Rüstungsprogrammen zu erhöhen.

2. Eine der wichtigsten Aufgaben war die Stabilhaltung und Ordnung der Löhne in Deutschland und den besetzten Gebieten. Es gelang durch energische Maßnahmen, trotz der offenen und heimlichen Versuche - insbesondere von französi-

scher

B 44029

H5134 - 0034

H5134 – 0035

scher Seite - das Lohngebäude ins Wanken zu bringen, diese Gefahr abzuwehren, im Großen und Ganzen die Löhne stabil zu halten und dabei das notwendige Gefälle zu Gunsten des deutschen Reiches zu sichern.

3. Mit Erfolg wurde ab 1. Oktober das Problem der Leistungssteigerung des deutschen Rüstungsarbeiters auf der Grundlage einer echten Lohn- und Akkordgerechtigkeit in Zusammenarbeit mit Partei, Arbeitsfront und Wirtschaft in Angriff genommen. Es wurden bis jetzt hierbei beachtliche Erfolge erzielt. Hierdurch ist erwiesen, daß neben der Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe auch durch die persönliche Leistungssteigerung des einzelnen Arbeiters ein weiterer großer Erfolg für unsere Kriegswirtschaft erzielt werden kann.

4. In allen besetzten Gebieten wurde damit begonnen, den Arbeitseinsatz so zu regeln, daß für die deutsche Kriegswirtschaft ein höchstmöglicher Nutzen erzielt wird. Zu diesem Zweck werden in steigendem Maße Entlohnung, Verpflegung und Behandlung nach dem Leistungsprinzip geregelt.

5. Ich bin mir dessen bewußt, daß angesichts des gewaltigen zu befriedigenden zahlenmäßigen Bedarfs an Arbeitskräften und angesichts der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit der Arbeitseinsatz noch Mängel aufweist. Es wird

aber

B 44 030

1739 PS

aber von mir und meinen Mitarbeitern unablässig daran gearbeitet, nicht nur bestehende Mängel zu beseitigen, sondern trotz der Kriegsverhältnisse die in Europa zur Verfügung stehenden und mobilisierbaren Arbeitskräfte mit dem Ziel höchster Leistung für die deutsche Kriegswirtschaft einzusetzen und zu erhalten.

6. Aufteilung der seit 1.4.1942 hereingebrachten fremdvölkischen Arbeiter auf die einzelnen Nationen:

a) Besetzte Ostgebiete	1.375.567
b) Generalgouvernement (einschl. Galizien)	291.756
c) Warthegau	38.369
d) Protektorat	79.451
e) Frankreich (ohne Nordfrankreich)	168.448
f) Belgien (mit Nordfrankreich)	103.486
g) Niederlande	86.006
h) übriges Europa	189.045
i) Kriegsgefangene	417.524.

7. Die Gestellung von Arbeitskräften für die Rüstungsprogramme und kriegswichtige Fertigung im November stellte die bisher schwierigste Aufgabe dar. Von der Zentralen Planung wurde nach Erfüllung der schon sehr schwierigen Rüstung Okt. 42 Aktion in den ersten Novembertagen die bisher höchste Monatsforderung in Höhe von 6-700.000 Arbeitskräften für Rüstungsaufgaben und sonstige wichtigste Kriegsaufgaben gestellt. Die Erfüllung dieser Anforderungen mußte zunächst für unmöglich gehalten werden,

a)

B 44031

H5134 – 0036

H5134 - 0037

a) da die jahreszeitlich bedingten Witterungsverhältnisse, insbesondere im Osten, einen Rückgang in der Anwerbetätigkeit erwarten ließen und da aus gleichen Gründen Störungen im Ablauf des Transportverkehrs anzunehmen waren.

b) da operative Maßnahmen die zuständigen militärischen Dienststellen zwangen, weitere Gebiete des Ostens für die Anwerbung und für den Ablauf des Transportprogramms restlos zu sperren.

c) da in den Westgebieten der Bedarf an Arbeitskräften für die dortigen Rüstungsbetriebe steigende Tendenz zeigte und daher nur nach sorgfältigster Prüfung und schwierigen Verhandlungen Kräfte aus diesen Gebieten ins Reich überführt werden konnten, um die Durchführung örtlicher Rüstungsaufträge nicht zu gefährden. Nur durch weitgehende Einführung deutscher Rationalisierungs- und Leistungsmethoden war es möglich, eine Verstärkung der Anwerbeergebnisse aus diesen Gebieten zu erreichen. Persönliche Besprechungen in Paris und Brüssel schafften die Grundlage für die Auflockerung der Werbung.

d) Da von den zuständigen Wehrmachtsstellen die zugesagte Zahl von Kriegsgefangenen, deren Einsatz bei vordringlichen Programmen des Kohlenbergbaus und der eisenschaf-

fenden

B 44032

H5134 – 0038

fenden Industrie vorgesehen war, nicht voll gestellt wurden, sodaß diese Wirtschaftszweige nicht mit Kriegsgefangenen, dafür aber mit zivilen Kräften versorgt werden mußten.

Trotz all dieser gewaltigen Erschwerungen wurde auch dieses umfassende Novemberprogramm nahezu restlos erfüllt, und zwar wurden angeworben bezw. dienstverpflichtet 393,880 fremde Arbeitskräfte (von denen sich 82.235 auf dem Transport ins Reich befinden).

Außerdem wurden aus den im Verlauf des Jahres der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Kräften vorübergehend für den Winter rund 183.000 Kräfte abgezogen und gemäß den Forderungen der Zentralen Planung auf die Rüstung und kriegswichtige Fertigung verteilt.

Somit konnten in Erfüllung des Novemberprogramms der Rüstungswirtschaft und sonstigen kriegswichtigen Fertigung

576.880 Kräfte

gestellt werden. Es ist dies der größte monatliche Kräftezufluß, der der Rüstungswirtschaft und kriegswichtigen Fertigung bisher gestellt werden konnte.

8. Es ist dringend erforderlich, daß die von mir erlassenen Anordnungen über die Gesamtbehandlungen fremder Arbeiter in allen Gauen des Großdeutschen Reiches und

von

B 44033

H5134 – 0039

von allen interessierten Dienststellen des Staates und der Partei genau beachtet werden. Nur dann ist die Gewähr gegeben, daß die gewaltige Zahl von fremden Arbeitern und Arbeiterinnen im Reichsgebiet, die nun etwa 7 Millionen - eingerechnet alle arbeitenden Kriegsgefangenen - erreicht hat, der deutschen Kriegswirtschaft den höchsten Nutzeffekt erbringt und auf einem solchen Leistungsstand andauernd erhalten werden kann.

Verprügelte, unterernährte, halb verzweifelte Ostarbeiter zum Beispiel würden die deutsche Kriegswirtschaft mehr belasten als wie sie Nutzen bringen könnten.

Diese Voraussetzung allen beteiligten Stellen bis in die Betriebe hinein immer wieder klar zu machen, ist mein ständiges Bestreben.

> Dort wo berechtigte Klagen von Seiten fremder Arbeiter vorgebracht oder gar von fremden Regierungen deutschen Stellen übermittelt wurden, sind die von mir erlassenen Vorschriften leider bisher außer acht gelassen worden.

Es sind dies aber Ausnahmen.

Im Großen gesehen, hat sich der Einsatz der Millionen fremder Arbeiter als richtig erwiesen und gelohnt. An der Verbesserung aller Verhältnisse, die den Arbeitseinsatz erschweren, wird von mir und meinen Dienststellen unablässig gearbeitet.

Berlin, den 1. Dezember 1942.

Fritz Sauckel

B 44024

Der Beauftragte für den Vierjahresplan
Der Generalbevollmächtigte für den
Arbeitseinsatz

1739 PS
9

Bericht
über den Arbeitseinsatz
im Jahre 1942

Geheim!

Die Aufgabe

Das Jahr 1942 hat an den Arbeitseinsatz in der Kriegswirtschaft so große Anforderungen wie nie zuvor gestellt. Es mußten nicht nur die Lücken geschlossen werden, die durch 2 Millionen Einziehungen zum Wehrdienst entstanden, sondern darüber hinaus waren zusätzliche Kräfte im größten Umfange für die Ausweitung von Rüstungsprogrammen

- wie das Panzerprogramm, Pak-, Flak-, Funkmeß-, Munitionsprogramm, Reichsbahnprogramm, Röchling-Aktion, Kohlenprogramm und für den Ausbau der landwirtschaftlichen Erzeugung -

zur Verfügung zu stellen.

Daneben war den vielfachen Schwankungen in der Dringlichkeit der Aufgaben vom Arbeitseinsatz her schnell und elastisch zu folgen. An die Steuerung des Arbeitseinsatzes wurden dadurch die größten Ansprüche gestellt, zumal die Bedarfsdeckung sich weitgehend auf ausländische Reserven stützen mußte. Anwerbung, Abtransport, ärztliche Untersuchungen und Vorsichtsmaßnahmen gegen Seuchengefahren, Unterbringung und Bekleidung der Ausländer, Einsatz und Betreuung stellten den Arbeitseinsatz vor Aufgaben von bisher nicht gekanntem Ausmaß.

Die Leistung

In welchem Maße es gelungen ist, den gestellten Forderungen zu entsprechen, soll in folgenden Zahlen gezeigt werden.

B 44035

H5134 - 0040

1739 P.S
10

H5134 – 0041

I. Rüstungswirtschaft.

Der Rüstungswirtschaft sind an Inländern und Ausländern im Jahre 1942 rund 2,7 Millionen Kräfte zugeführt worden, d.h. mehr als doppelt soviel als im Jahre 1941.

Davon wurden eingesetzt:

bei Aufgaben der	Heeresfertigung	rd. 950 000
" " "	Luftwaffenfertigung	" 700 000
" " "	Marinefertigung	" 190 000
" " "	Reichsbahn	" 220 000
für Betriebsaufgaben des	Krauchprogramms	" 280 000.

Im Rüstungssektor sind damit nicht nur 500 000 Einziehungen ersetzt worden, sondern es ist daneben eine

Aufstockung der Beschäftigtenzahl um 600 000 Kräfte möglich geworden.

Gleichzeitig wurden der übrigen Wirtschaft ohne Störungen

75 000 Nachrichtenhelferinnen

entzogen.

Diese Ergebnisse sind erreicht worden durch konsequente Durchführung meines Ersten im April und meines Zweiten im September aufgestellten Programms.

Die Zuweisungen zur Rüstung betrugen

im 1.	Quartal 1942	393 000 Kräfte
" 2.	" "	823 000 "
" 3.	" "	618 000 "
" 4.	" "	900 000 "

Der Anteil an Ausländern an den Zuweisungen erreichte insgesamt über 50 %. Er stieg von Beginn des Jahres von 26,5 % Monatsanteil auf 80 % Monatsanteil Ende des Jahres.

An besonderen Maßnahmen im letzten Halbjahr sind hervorzuheben:

B44036

die

die Oktober- und die November-Aktion für die Rüstung.

Im Oktober mußte für 1 100 vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition namentlich benannte Rüstungsbetriebe eine Aufstockung um 96 000 Kräfte erfolgen.

Mit 167 000 Zuweisungen wurde eine Aufstockung um 117 000 Kräfte erreicht.

Im November wurden vom Reichsminister für Bewaffnung und Munition für die Rüstung im weiteren Sinne 510 000 Kräfte verlangt. Die übrigen Bedarfsträger der Kriegswirtschaft zugerechnet

wurden ihr rd. 700 000 Kräfte in einem einzigen Monat gestellt.

Das Gesamtergebnis konnte nur durch restlose Heranziehung aller geeigneten inländischen und ausländischen Reserven und durch den unermüdlichen Einsatz aller meiner Dienststellen draußen und in der Zentrale erreicht werden. Dabei spielten auch Ausgleichsmaßnahmen innerhalb der Wirtschaftszweige, je nach Dringlichkeit und Umfang der Aufgaben eine besondere Rolle.

II. Landwirtschaft.

Der Landwirtschaft wurden im Jahre 1942 rd. 890 000 fremdvölkische Kräfte und Kriegsgefangene zur Verfügung gestellt, d.h. rund doppelt so viel als im Jahre 1941. Sie wurde dadurch in die Lage versetzt, den bisherigen Erzeugungsstand zu halten und trotz stärkerer Einziehungen wertvoller landwirtschaftlicher Kräfte Getreide- und Hackfruchternte ohne Verluste zu bergen und die Herbstbestellung ordnungsmäßig durchzuführen.

Für die Durchführung vordringlicher kriegswirtschaftlicher Aufgaben nahm sie das Opfer auf sich, im November und Dezember

B 44037

H5134 - 0042

H5134 - 0043

Dezember rd. 250 000 Kräfte abzugeben,

davon rd. 110 000 für die Rüstungswirtschaft,
" 30 000 für den Bergbau,
" 73 000 für die Forstwirtschaft und
" 35 000 für sonstige kriegswichtige Wirtschaftszweige.

III. Bergbau.

Im gesamten Bergbau sind zum Einsatz gelangt:

im Jahre 1942 rd. 265 000 Arbeitskräfte
" " 1941 " 138 000 " .

Der Einsatz konnte also im Jahre 1942 fast verdoppelt werden. Der Schwerpunkt des Einsatzes lag im Kohlenbergbau, dem insgesamt - überwiegend seit April d.Js. -rd. 227 000 Arbeitskräfte zugeführt wurden. Damit konnten die von der Reichsvereinigung Kohle zur Durchführung des Kohlensonderprogramms gestellten Anforderungen an Arbeitskräften erfüllt werden.

IV. Sonstige Wirtschaft.

Es wurde gesichert, daß kriegswichtige Aufgaben der sonstigen Wirtschaft in dem unbedingt erforderlichen Umfange durchgeführt werden konnten. So erhielt die Bauwirtschaft im Jahre 1942 rd. 460 000 Kräfte für dringlichste Rüstungsbauten. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch der Hausgehilfinnenfrage, dem Einsatz von Arbeitskräften für Gaststätten, für das Gesundheitswesen, der Textil- und Bekleidungsindustrie und andere kriegswichtige Versorgungsgebiete gewidmet.

Der Verkehrswirtschaft, insbesondere der Binnen- sowie der Seeschiffahrt und der Deutschen Reichsbahn wurden im Jahre 1942 rd. 135 000 Menschen zugeführt gegenüber 115 000 Kräften im Jahre 1941.

V.

B 44038

1739 P.S.

H5134-0044

V. Ostarbeitereinsatz.

Seit Beginn der Ostarbeiterwerbung sind insgesamt bis zum 31.12.1942 rd. 1 480 000 Kräfte in das Reich hereingeholt worden, davon im Zeitraum vom 1.4. bis 31.12.1942 1 416 000. Die Hereinnahme der Ostarbeiter ist hiernach in ganz überwiegendem Umfang erst nach Erteilung des Auftrags an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz durchgeführt worden. Der Einsatz der Ostarbeiter erfolgte ausschließlich in der Ernährungs- und Rüstungswirtschaft (einschl. Kohle und Verkehr). Ferner sind bis zum 31.12.1942 13 000 hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen eingesetzt worden.

VI. Westarbeitereinsatz.

In Frankreich, Belgien und den Niederlanden sind im Jahre 1942 rd. 570 000 Kräfte angeworben worden, davon rd. 200 000 für die Rüstungswirtschaft besonders wertvolle Facharbeiter. Auf Grund der Aufstellung besonderer Programme für die Niederlande und für Frankreich und auf Grund wiederholter nachdrücklich geführter Verhandlungen wurden insbesondere seit Mai die Werbeergebnisse erheblich gesteigert.

Während im 1. Quartal nur aus den Westgebieten gestellt wurden, ergab die Werbung	87 000 Kräfte
im 2. Quartal	93 000 "
" 3. Quartal	103 000 "
" 4. Quartal	286 000 " .

VII. Europaamt.

Um den Einsatz der ausländischen Arbeitskräfte sowohl derjenigen aus befreundeten europäischen Ländern wie auch derjenigen aus den besetzten Gebieten so umfassend wie möglich, aber auch sorgfältig und korrekt wie möglich zu gestalten, habe ich eine neue Hauptabteilung für den europäischen Arbeits-

einsatz

B 44039

einsatz unter der Leitung des Ministerialdirigenten Parteigenossen Dr. T i m m gebildet. Die Abteilung führt die Bezeichnung "Europaamt".

An der Verbesserung der Einsatzbedingungen für die ausländischen Arbeitskräfte wird ständig gearbeitet.

VIII. Kriegsgefangeneneinsatz.

Die Gesamtzahl der eingesetzten Kriegsgefangenen beläuft sich am Jahresende 1942 auf rund 1 725 000,

davon Franzosen " 905 000,
sowjetrussische Kriegsgefangene " 594 000.

Die Zahl der 1942 neu eingesetzten Kriegsgefangenen - es handelt sich hierbei nur um sowjetische - beträgt, wie schon angegeben, 594 000. Davon sind seit Erteilung des Auftrages an den Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz ab April d.Js. rund 456 000 zum Einsatz gelangt. Die Zahl der 1941 neu eingesetzten Kriegsgefangenen betrug nur 421 000. Auch im Kriegsgefangeneneinsatz konnte daher im Jahre 1942 gegenüber 1941 eine wesentliche Steigerung des Einsatzes erreicht werden.

Insgesamt sind der deutschen Kriegswirtschaft seit Beginn des Jahres über 3 Millionen ausländische Arbeitskräfte einschließlich der Kriegsgefangenen zugeführt worden.

Der Stand der Beschäftigten ist trotz 2 Millionen Einziehungen im Jahre 1942 um

über 1 Million

auf

26 900 000

gestiegen,

davon 16,7 Millionen Männer
und 10,2 Millionen Frauen.

Ausblick

B 44040

H5134 - 0045

H5134 – 0046

A u s b l i c k

Für das Jahr 1943 sind die erforderlichen Vorkehrungen getroffen, um durch schärfste Ausrichtung des Arbeitseinsatzes auf die Kriegsnotwendigkeiten in sämtlichen besetzten Gebieten noch eine größtmögliche Zahl von Arbeitskräften zu mobilisieren. So sollen

rd.	500 000	Ostarbeiter	
"	250 000	Arbeitskräfte	aus Frankreich
"	50 000	"	" Belgien
"	100 000	"	" den Niederlanden
"	100 000	"	" dem Generalgouvernement
"	75 000	"	" dem Protektorat und
"	40 000	"	" dem übrigen Europa

allein bis zum 1.5.1943 angeworben werden.

Es ist damit die Gewähr gegeben, daß nicht nur die für Anfang des Jahres geplanten Einziehungen ausgeglichen werden, sondern daß darüber hinaus auch weiterhin die für die Durchführung der vordringlichen kriegswirtschaftlichen Aufgaben erforderlichen Kräfte zur Verfügung stehen. Auch die Landwirtschaft wird die in den Monaten November und Dezember abgegebenen Kräfte wieder erhalten.

Der Frage der persönlichen Leistungssteigerung der Arbeitskräfte wird auch im Jahre 1943 besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein, um in enger Zusammenarbeit mit Partei, Arbeitsfront und Wirtschaft einen Erfolg auf breitester Front zu erreichen. Denn angesichts der Kriegsverhältnisse muß neben der ausreichenden zahlenmäßigen Deckung des Bedarfes

an

B 44041

H5134 – 0047

1739. P.S.
16

an Arbeitskräften die bestmöglichste Leistung aller erstrebt werden, damit der höchste Erfolg unserer Kriegswirtschaft erzielt werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, bin ich bestrebt, auch die ausländischen Kräfte durch eine genügende Ernährung, korrekte Behandlung und Betreuung körperlich leistungsfähig und leistungsbereit zu erhalten. Allen Bedarfsträgern diese Notwendigkeit klarzumachen, ist mein ständiges Bestreben.

Berlin, den 23. Dezember 1942.

Fritz Sauckel

44042

1739-PS